



Niederschrift

2. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 26.11.2008
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Herr Klemund, Andreas	SPD	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	
Herr Lehmann, Peter	CDU/ANW	
Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	
Herr Naber, Nils	Bündnis 90/Die Grünen	bis 18:00 Uhr
Frau Engel-Fürstberger, Martina	FDP/Familienpartei	

Gäste:

Herr Schüler, Vorsitzender der StVV
Herr Exner, Beigeordneter GB 1
Frau G. Fischer, Beigeordnete GB 2
Frau E. Müller, Beigeordnete GB 3
Herr Heuer, Pete, Fraktion DIE LINKE
Herr Boede, Lutz, Die Andere
Präsident des Polizeipräsidiums Potsdam, Herr Rainer Kann
Herr Marschall, Leiter des Schutzbereiches Potsdam
Herr Müller-Zinsius, Herr Westphal, GF PRO POTSDAM
Herr Paffhausen, GB Stadtwerke Potsdam
Herr Prof. Dr. Dombert, Rechtsanwalt und Verfassungsrechtler
Herr Erdmann, Leiter Rechnungsprüfungsamt
Herr Zeretzke, 111
Frau Strotzer, Zentrale Steuerungsunterstützung
Frau Krusemark, FBLin 16
Herr Richter, Werkleiter KIS
Frau Dr. Seemann, FBLin Kultur und Museum
Frau Rademacher, Fachbereich 49
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters

Schriftführerin:
Frau Gereit-Dyllick

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 05.11.2008
- 2 Bericht des Polizeipräsidenten
- 3 Gründung einer Tochtergesellschaft der PRO POTSDAM GmbH
Vorlage: 08/SVV/0798
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 4 Offenlegung der Ergebnisse des Bürgerhaushaltes 2007
Vorlage: 08/SVV/0961
Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere
- 5 Klage gegen neue Kommunalverfassung
Vorlage: 08/SVV/0963
Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere
- 6 Contractor
Vorlage: 08/SVV/0970
Fraktion FDP/Familien-Partei
- 7 Sitzungskalender 2009
Vorlage: 08/SVV/0977
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 8 Externe Besetzung der Stelle 214 703 48, Erzieher/Erzieherin im Wohnheim der Sportschule
Vorlage: 08/SVV/1022
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 9 Externe Besetzung der Stelle Sachbearbeiter/in Anlagenbuchhaltung
Stellenplannummer: 112 000 21
Vorlage: 08/SVV/1025
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 10 Mitteilungen der Verwaltung
- 10.1 Verfahren zur Neubesetzung der Beigeordnetenstellen
- 10.2 Stand der Vorbereitungen des Baus des Offline-Clubs
- 10.3 Bericht zum Stand der Überarbeitung der Hauptsatzung
Fraktion DIE LINKE

- 10.4 13. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 08/SVV/0976
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 10.5 Sachstand Prüfaufträge Bürgerhaushalt 2008
Vorlage: 08/SVV/1028
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
- 11 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 05.11.2008

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, den TOP 3 auf die Sitzung des Hauptausschusses am 10. Dezember 2008 zu vertagen. Entsprechend eines Antrages der SPD, soll ein Vertreter der Handwerkskammer zur Sitzung des Hauptausschusses eingeladen werden und damit den Mitgliedern des Hauptausschusses die Gelegenheit gegeben werden, mit der Handwerkskammer über die Gründung einer Tochtergesellschaft der PRO Potsdam GmbH zu sprechen.

Der Oberbürgermeister bittet im Weiteren, die Tagesordnung um folgende Punkte zu erweitern:

Unter TOP 10. „Überplanmäßige Auszahlung für die Gesamtmaßnahme Soziale Stadt Stern/Drewitz“, DS 08/SVV/1068, unter Mitteilungen der Verwaltung:

TOP 11.6, Information zu den neuen Strompreisen durch Herrn Paffhausen sowie unter Sonstiges neu TOP 12.:

- Information zum Stand

"Johannsenstrasse als Soziokulturelles Jugendzentrum"

- Bericht über die aktuelle Lage „Brandschutz an Schulen“

Frau Engel-Fürstberger bittet um Zurückstellung des TOP 6; dies vor dem Hintergrund der Kombination mit einem anderen Prüfauftrag.

Herr Dr. Scharfenberg macht darauf aufmerksam, dass zu TOP 2 die Fraktion DIE LINKE einen Antrag gestellt habe; der Oberbürgermeister habe nicht die Möglichkeit, den Antrag auszusetzen; es habe auch keine Rücksprache mit ihm gegeben. Er bittet darum, dass sich dies nicht wiederholt.

Im Weiteren bittet Herr Dr. Scharfenberg darum, dass insbesondere zu den Tagesordnungspunkten „Mitteilungen der Verwaltung“ sowie „Sonstiges“ auf der Tagesordnung kenntlich gemacht wird, worauf die Aufnahme auf die Tagesordnung basiert.

Der Oberbürgermeister sagt dies zu.

Mit den o. g. Änderungen/Erweiterungen wird der Tagesordnung einstimmig zugestimmt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teil der Konstituierenden Sitzung des Hauptausschusses vom 5. November 2008 gibt es keine Einwände; das Protokoll wird einstimmig bestätigt.

zu 2 Bericht des Polizeipräsidenten

Der Oberbürgermeister begrüßt den Polizeipräsidenten, Herrn Kann sowie den Leiter des Schutzbereiches Potsdam, Herrn Marschall.

Herr Kann stellt sich kurz vor und macht Ausführungen zu seiner Person.

Im Weiteren legt Herr Marschall die Abfolge des Einsatzes am 8. November 2008 an der ehemaligen Skaterhalle in der Kurfürstenstraße dar. Abschließend betont Herr Marschall, dass ihm die Anschuldigungen nur aus der Presse bekannt seien. Es gebe keine Anzeigen vonseiten der Veranstaltungsteilnehmer; er habe nichts handfestes von den Beteiligten, um auf dieser Basis eine ordnungsgemäße Auswertung vornehmen zu können; der Presseartikel allein reiche nicht aus.

Der Oberbürgermeister führt u.a. aus, dass in einer kurzfristigen Sitzung des Beirates Lokaler Aktionsplan das Thema intensiv beleuchtet worden sei; es seien auch teilweise Teilnehmer der Veranstaltung zu Wort gekommen und wurden unterschiedliche Sichtweisen dargestellt. Diese unterschiedlichen Wahrnehmungen konnten nicht ausgeräumt werden. Man habe verabredet zu überlegen, welche Schlussfolgerungen aus einem solchen Ablauf zu ziehen seien, was beide Seiten betreffe. Herr Marschall wolle sich hier ebenfalls einbringen; dies sei noch nicht ausdiskutiert. Der Beirat wolle noch einmal mit den Beteiligten ins Gespräch kommen, auch um eine gleichgearteten Situation zu vermeiden. Man wolle sich noch im Dezember zusammensetzen.

Frau Dr. S. Müller macht in ihren Ausführungen deutlich, dass Fazit des Beirates gewesen sei, dass es hilfreich ist, dass die Jugendlichen nicht mit den ganzen Beirat sprechen, sondern dass überhaupt Gespräche mit den Jugendlichen geführt werden. Gespräche haben gezeigt, dass die Jugendlichen bereit seien, den Gesprächsfaden aufzunehmen und sie werden sich diesbezüglich auch erklären.

Im Weiteren verweist Frau Dr. S. Müller auf Videobilder im Internet. Sie betont, dass man die Konflikte nicht gänzlich ausräumen könne, jedoch müsse das Vertrauen zur Polizei wieder hergestellt werden. Ihres Erachtens nach sei das Vorgehen der Hundertschaft aus Berlin recht fragwürdig.

Frau Dr. Schröter fragt nach, ob es aus heutiger Sicht und mit dem heutigen Wissen auch zu einer Räumung gekommen wäre oder ob es da Spielraum gegeben hätte. Des Weiteren möchte sie wissen, in welcher Weise der Oberbürgermeister von dem Vorgang in Kenntnis gesetzt wurde.

Herr Kann macht u.a. deutlich, dass das, was man benötige, wechselseitiges Vertrauen und Respekt voreinander sei. Zu dem Respekt gehöre, wenn eine polizeiliche Verfügung gefällt werde, diese am Ende auch umgesetzt werden müsse.

Der Oberbürgermeister antwortet, dass er im Verlaufe des Sonntagvormittag (09.11.08) informiert worden sei.

Im Weiteren beantwortet Herr Marschall Nachfragen von Herrn Heuer, ob die Ruhestörung dokumentiert ist; wann sie beendet war; ob es auszuschließen sei, dass es Beschimpfungen gegeben hat bzw. Leute geschubst wurden; was Ziel der polizeilichen Handlung gewesen ist; ob es Aufzeichnungen, Fotos etc. vonseiten der Polizei gebe; ob auch die Brandenburger Polizisten befragt wurden und ob sich die Auswertung nur auf den Potsdamer Teil beziehe.

Dazu führt Herr Marschall u.a. aus, dass es Grundsatz sei, die eigenen Polizisten zu befragen; es wurde mit dem Polizeiführer gesprochen und es gebe einen schriftlichen Bericht der Beteiligten. Es gebe keine Aufzeichnungen, Fotos; es wurden keine Handys abgenommen. Es gebe keine Dokumentation, auch nicht der Berliner Polizei. Es gebe die Information, dass Teilnehmer Aufnahmen mit Handys gemacht haben. Die Ruhestörung wurde um 4.06 Uhr gemeldet und dauerte bis 5.30 Uhr. Ziel des Einsatzes sei es gewesen, die Ruhestörung zu unterbinden; Ruhestörung sei eine Ordnungswidrigkeit. Da die Unterbindung mit den vorhandenen Kräften nicht möglich war, wurden weitere Kräfte angefordert.

Bezüglich der Formulierung „Es ist nicht so gelaufen...“ stellt Herr Kann richtig, dass damit gemeint sei, dass bevor die Polizei eine Veranstaltung auflöst, sich die Veranstaltung auflösen sollte.

Frau von Halem begrüßt die Bereitschaft der Polizei zur heutigen Berichterstattung und sich mit dem Einsatz auseinanderzusetzen. Es sei gesagt worden, es liegen keine Anzeigen vor; sie wisse jedoch, dass Jugendliche Berichte geschrieben haben. Des Weiteren wurde gesagt, dass im Dezember ein Termin des Beirates Lokaler Aktionsplan stattfinden solle; sie bittet darum, dass die Jugendlichen diesen Termin auch erfahren.

Im Weiteren erläutert Herr Marschall, was unter dem taktischen Begriff „Raumschutzkonzept“ zu verstehen ist.

Herr Boede führt u.a. aus, dass er in der Nacht vom 8./9.11.2008 vor Ort gewesen sei und eine andere Wahrnehmung der Vorgänge habe. Für ihn sei fraglich, warum die Polizei nach dem Ausschalten der Musik nach 5.00 Uhr die polizeiliche Verfügung durchsetzen musste, obwohl deren Grundlage nicht mehr gegeben war. Eine weitere Frage sei, ob es angemessen ist, eine Polizeibereitschaft aus Berlin für eine Ruhestörung anzufordern.

Zur Durchführung des Einsatzes merkt Herr Boede an, dass sich nach seiner Wahrnehmung die Polizei sehr aggressiv verhalten habe. Seines Erachtens hätte sich die Polizei zurückziehen können, als sich die letzten Jugendlichen in Bewegung setzten, dann hätte sich die Veranstaltung aufgelöst.

Herr Marschall verweist seinerseits auf dokumentierten Einsatzprotokolle (per Funk) und betont, dass es auch darum gegangen sei, Anschlussstaten zu verhindern.

Herr Dr. Scharfenberg macht in seinen Ausführungen u.a. deutlich, warum er für eine öffentliche Diskussion im Hauptausschuss votiert habe. Die Diskussion sollte sich nicht nur auf den Polizeieinsatz beschränken. Seines Erachtens habe die Polizei formal richtig gehandelt. Die Frage sei, ob bei dem Charakter der Einsatzes angemessen war; hier könne man ein Fragezeichen setzen. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass man das Eigentliche nicht aus dem Auge verlieren dürfe; er

möchte darüber diskutieren, was im Zusammenhang mit der Jugend- und Soziokultur in der LHP zu leisten ist. Er macht weiter deutlich, dass er es in diesem Zusammenhang nicht für richtig hält, wenn die Anzeige der Stadt wegen Hausfriedensbruch aufrechterhalten bleibt.

Frau Engel-Fürstberger bittet ihrerseits darum, im Hinblick auf die Gespräche mit den Jugendlichen über die Anzeige nochmals nachzudenken.

Der Oberbürgermeister betont, dass es sich um eine widerrechtliche Aneignung eines noch im städtischen Besitz befindlichen Gebäudes gehandelt habe; insoweit sei die Anzeige konsequent. Die Anzeige wurde nach dem Einsatz erstattet und habe nicht zur Eskalation geführt.

Herr Schubert merkt u.a. an, dass die erste Aussage die Androhung einer langfristigen Besetzung der Halle gewesen sei; insoweit sei die Frage, welches Signal setzt man, wenn man Hausfriedensbruch als Stadt nicht ahndet. Dies halte er für ein falsches Signal.

Herr Schröder macht in seinen Ausführungen deutlich, dass er die Einschätzung teile, dass die Polizei richtig gehandelt habe, betont aber auch, wie wichtig jetzt ein verstärkter Dialog zum Thema Jugend- und Soziokultur sei und Lösungen gefunden werden müssen.

Frau Dr. Schröter führt aus, dass vor den Augen der Jugendlichen ihnen Gewalt widerfahren sei; Konsens sei, dass der Weg des Dialogs sei und sie fragt nochmals nach, ob der Oberbürgermeister in Aussicht stellen könnte, die Anzeige zurückzuziehen.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass er keine Notwendigkeit sehe, von der Strafanzeige zurückzutreten.

Frau Dr. S. Müller bedauert dies und verweist insbesondere darauf, dass solange die Anzeige bestehe, die Jugendlichen sich nicht zum Einsatz äußern werden.

Der Oberbürgermeister dankt Herrn Kann und Herrn Marschall für die Berichterstattung. Man werde die Diskussion im Beirat Lokaler Aktionsplan fortführen. Der Oberbürgermeister schlägt im Weiteren vor, an der traditionellen Berichterstattung zur Sicherheitslage in Potsdam im Hauptausschuss einmal im Jahr festzuhalten und würde sich freuen, wenn der Polizeipräsident dazu in den Hauptausschuss kommen würde.

Herr Kann sagt dies zu.

zu 3 Gründung einer Tochtergesellschaft der PRO POTSDAM GmbH

Vorlage: 08/SVV/0798

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Der Tagesordnungspunkt wird **zurückgestellt** und soll in der **Sitzung des Hauptausschusses am 10.12.2008 wieder vorgelegt werden**. Dazu ist ein **Vertreter der Handwerkskammer** einzuladen.

zu 4 Offenlegung der Ergebnisse des Bürgerhaushaltes 2007

Vorlage: 08/SVV/0961

Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

Dieser Tagesordnungspunkt wird im Zusammenhang mit dem TOP 11.5 **Sachstand Prüfaufträge Bürgerhaushalt 2008, DS: 08/SVV/1028** behandelt.

Wie Herr Exner eingangs bemerkt, wolle der Antrag eine Konkretisierung dessen, was man in der Rechenschaftsphase macht. Er verweist darauf, dass es keinen Bürgerhaushalt 2007 gegeben habe. Was eine Offenlegung der Ergebnisse des Bürgerhaushaltes betreffe, werde mit der Mitteilungsvorlage zu TOP 11.5 ein Zwischenbericht zu den ausgesprochenen Prüfaufträgen gegeben.

Frau von Halem gibt einen Änderungsantrag zur DS 08/SVV/0961 mit folgender Ergänzung des Antrages zu Protokoll:

„Diese Übersicht ist auch für die in den Orsteilen durchgeführten Bürgerhaushaltsverfahren zu erstellen.“

Herr Schubert hält es für sinnvoll, sich mit dem Antrag wie auch mit der Mitteilungsvorlage nach der Behandlung im Finanzausschuss nochmals zu befassen.

Frau B. Müller nimmt Bezug auf Platz 3, Sanierung des Kulturhauses Babelsberg und Einbau eines behindertengerechten Aufzugs, Seite 1 der Vorlage und stellt fest, dass dazu für Dezember in der StVV eine Mitteilungsvorlage vorliegen sollte. In den Unterlagen für die StVV habe sich aber keine Mitteilungsvorlage dazu befunden.

Frau G. Fischer äußert dazu, dass der Prüfauftrag nicht in der Tagesordnung bei den Aufträgen der StVV an den OBM aufgeführt sei; insoweit werde die Mitteilungsvorlage für die StVV im Januar 2009 eingebracht.

Herr Dr. Scharfenberg befürwortet die Behandlung im Hauptausschuss nach Behandlung im Finanzausschuss. Zur Mitteilungsvorlage merkt Herr Dr. Scharfenberg an, dass von den Prüfaufträgen nicht viel übrig bleibe, wenn man das Ergebnis nimmt. Er fragt nach, ob es eine Chance gebe, die Mittel für den Behindertenaufzug einzustellen; das Anliegen werde schon seit 10 Jahren diskutiert.

Zu Platz 15, Erhöhung der Altersgrenze für kostenloses Fahren für Kinder, Seite 8 der Vorlage, merkt Herr Dr. Scharfenberg an, dass hier angeführt werde, dass der Vorschlag im Rahmen einer Tarifstrukturreform des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg erörtert werde, jedoch sei die Position der Stadt dazu nicht ersichtlich. Die Frage sei, ob man eine eigene Lösung finden könne, ggf. ohne VBB, um dies umzusetzen. Im Übrigen sollten Prüfaufträge und ihre Wirkung nochmals diskutiert werden.

Der Oberbürgermeister greift den Hinweis auf, d.h. die Frage, wie mit Prüfaufträgen umgegangen werden solle bzw. dass man sich Gedanken darüber macht, wie die Ergebnisse zurückkommuniziert werden. Dies sei im Sinne des Antrages 08/SVV/0961. Insoweit spricht er sich auch dafür aus, die Drucksachen 08/SVV/0961 und die Mitteilungsvorlage 08/SVV/1028 zunächst im Finanzausschuss zu diskutieren und abschließend im Hauptausschuss nochmals zu behandeln.

Frau Engel-Fürstberger fragt nach, ob die fraktionslosen Antragsteller auch eingeladen werden.

Frau B. Müller macht darauf aufmerksam, dass die fraktionslosen Stadtverordneten auch keine Unterlagen der StVV bekommen.

Der Hinweis von Frau Engel-Fürstberger wird berücksichtigt.

zu 5

Klage gegen neue Kommunalverfassung

Vorlage: 08/SVV/0963

Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

Herr Prof. Dr. Dombert macht in seinen Ausführungen deutlich, dass nach vorläufiger Einschätzung eine Klage zwar zulässig, jedoch wenig Aussicht auf Erfolg habe. Wie er u.a. weiter ausführt, gebe es zwei Voraussetzungen für eine Klage: 1. müsse sie zulässig und 2. müsse sie begründet sein. Unzulässig würde die Klage nicht sein. Die weitere Frage wäre, ob mit diesem Eingriff in die Organisationshoheit kommunale Rechte verletzt werden. Herr Prof. Dr. Dombert betont, dass das Verfassungsgericht prüfe, jedoch nicht eingreifen werde.

Herr Dr. Scharfenberg führt u.a. aus, dass er am Gesetzgebungsprozess teilgenommen habe; im Innenausschuss habe die Fraktionsstärke keine Rolle gespielt; die Bedeutung sei ihm auch erst im Nachhinein klar geworden. Die Mehrheit der Gemeinden sei davon nicht betroffen. In der Praxis müsse man jedoch feststellen, dass in der LHP ein Vakuum entstanden ist. Insofern müsse man schauen, was erforderlich ist.

Die LHP habe die Möglichkeit, einen Gruppenstatus einzuführen; eine Antwort zu einer diesbezüglichen Anfrage an das Innenministerium steht noch aus.

Bezüglich der Wahrnehmung der Diskussion zur Fraktionsstärke im Innenausschuss kommt es zu einem kurzen kontroversen Wortwechsel zwischen Herrn Schubert und Herrn Dr. Scharfenberg.

Herr Prof. Dr. Dombert macht nochmals deutlich, wenn politisch etwas anderes gewollt sei, müsse dies politisch repariert werden. Die Stadtverordnetenversammlung sei kein Grundrechtsträger. Einzelne Stadtverordnete seien bereits mit einer Klage gescheitert. Er habe eine Prüfung aus Sicht der Kommune vorgenommen, d.h. ob die Hoheit eingeschränkt wird. Ein weiterer Aspekt wäre die Prüfung einer Klage mit der Begründung des Demokratieprinzips; diese könne allerdings nicht von der LHP angestrengt werden.

Frau Engel-Fürstberger führt u.a. aus, dass die FDP bei der Kommunalwahl in vier Städten Brandenburgs die 5%-Hürde geschafft habe, jedoch ohne den Fraktionsstatus zu erhalten. Man hätte gern einen Lösungsansatz, jedoch könne man vor dem Hintergrund dessen, was von Herrn Prof. Dr. Dombert vorgetragen wurde, dem Antrag, der dazu noch viel Geld koste, nicht zustimmen.

Auf Nachfrage werden die Kosten von Herrn Prof. Dr. Dombert auf eine fünfstellige Summe geschätzt.

Herr Boede verweist u.a. darauf, dass es unterschiedliche juristische Auffassungen gibt (dies auch unter Bezug auf einen Aufsatz in der NJW); das eigentliche Problem sei jedoch, dass die Gleichheit des Mandats eingeschränkt sei; Stadtverordnete zweiter Klasse geschaffen werden. Im Übrigen stelle sich die Frage nach einem Rechtsstaat, wenn ein Stadtverordneter entrechtet werde, in dem er nicht mehr klagen könne. Für ihn gebe es keinen vernünftigen Grund, dass die Arbeit mit weniger Fraktionen effektiver sein solle. In der Geschichte Brandenburgs habe sich gezeigt, dass Kommunen auch andere Regelungen aufnehmen können. Er sei der Auffassung, dass es schon eine Klage wert wäre, dass das Verfassungsgericht sich inhaltlich damit befasse.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass der von der LHP beauftragte Rechtsanwalt Herr Prof. Dr. Dombert eine Zulässigkeit der Klage in Aussicht gestellt habe, dies allerdings mit wenig Erfolgsaussichten. Hier müsse man auch die Kosten bedenken.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag mit dem Wortlaut:

Die Stadt Potsdam legt gegen die Festlegung einer Mindestfraktionsstärke von vier Stadtverordneten in kreisfreien Städten durch § 32 I der neuen Kommunalverfassung (vom Landtag Brandenburg am 18.12.2007 verabschiedet und am 28.09.08 in Kraft getreten, s.a. GVBl I S. 286) Verfassungsbeschwerde gem. § 51 VerfGGBbg (Verfassungsgerichtsgesetz Brandenburg) ein.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung wird beauftragt, einen Prozessvertreter zu benennen und die Stadtverordneten zeitnah über die weitere Entwicklung zu unterrichten.

zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	7
Stimmhaltung:	0

Herr Dr. Scharfenberg bittet darum, nicht aus dem Blick zu verlieren, über das Problem einzelner Stadtverordneten (Fraktionen ohne Fraktionsstatus > Büros, Sitze, Stimmrechte etc.) zu sprechen, um zu einer Lösung zu kommen.

Der Oberbürgermeister äußert dazu, dass er die Entscheidung zur Räumung der Büros am 25.11.2008 zurückgenommen habe. Er räumt ein, dass es ein Fehler gewesen sei, alle fraktionslosen Stadtverordneten in nur einem Büro unterbringen zu wollen. Die Entscheidung gelte solange bis man sich entschieden habe, wie man mit der Klage gegen die Kommunalverfassung umgehen wolle.

Frau B. Müller bittet darum, dass die Stellungnahme zur Klage gegen die Kommunalverfassung dem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

Herr Schubert bittet darum, die Stellungnahme von Herrn Prof. Dr. Dombert noch vor der Sitzung der StVV am 3.12.2008 zu erhalten.

Der Oberbürgermeister äußert dazu, dass Herr Prof. Dr. Dombert 14 Tage benötigt, um die Stellungnahme schriftlich vorzulegen.

Herr Schubert regt an, dass dann Herr Prof. Dr. Dombert bezüglich inhaltlicher Positionen zur StVV anwesend ist.

zu 6

Contractor

Vorlage: 08/SVV/0970

Fraktion FDP/Familien-Partei

Der Antrag wird **zurückgestellt**.

zu 7 **Sitzungskalender 2009**
Vorlage: 08/SVV/0977
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau B. Müller weist darauf hin, dass in den Ferienzeiten Sitzungstermine im Sitzungskalender enthalten sind. Im Juli 2009 sei keine StVV vorgesehen, obwohl die Ferien erst am 16. Juli 2009 beginnen. Sie bittet um Prüfung.

Herr Schüler sagt dies zu.

Ansonsten werden keine Einwände vorgebracht.

zu 8 **Externe Besetzung der Stelle 214 703 48, Erzieher/Erzieherin im Wohnheim der Sportschule**
Vorlage: 08/SVV/1022
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Zur Vorlage gibt es keine Einwände.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 214 703 48 Erzieher/Erzieherin im Wohnheim der Sportschule am LuftschiFFhafen kann befristet für 2 Jahre extern besetzt werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 9 **Externe Besetzung der Stelle Sachbearbeiter/in Anlagenbuchhaltung**
Stellenplannummer: 112 000 21
Vorlage: 08/SVV/1025
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Zur Vorlage gibt es keine Einwände.

Der Hauptausschuss beschließt.

Die Stelle Sachbearbeiter/in Anlagenbuchhaltung mit der Kennziffer: 112 000 21 und der Entgeltgruppe 8 TVöD/TVÜ-VKA (vergleichbar mit Vergütungsgruppe Vb Fg 1c BAT-O) kann befristet bis zum 31.12.2009 mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 38 Stunden extern besetzt werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

neu **Überplanmäßige Auszahlung für die Gesamtmaßnahme Soziale Stadt Stern/Drewitz“**
Vorlage: 08/SVV/1068

Frau Rademacher bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die überplanmäßige Ermächtigung für eine Finanzauszahlung für das Fördergebiet Stern/Drewitz im Förderprogramm Soziale Stadt in Höhe von

227.830,00 €. Die Deckung für diese Auszahlung ergibt sich aus umbewilligten Fördermitteln aus den Gebieten Innenstadt und Schlaatz, in denen die Mittel nicht mehr eingesetzt werden konnten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 10 Mitteilungen der Verwaltung

zu 10.1 Verfahren zur Neubesetzung der Beigeordnetenstellen

Der Oberbürgermeister informiert, dass die Stelle der/des Beigeordneten des Geschäftsbereiches 2 ab 01.03.2009 und die Stelle der/des Beigeordneten des Geschäftsbereiches 4 ab 01.09.2009 neu zu besetzen sei. Angedacht sei, beide Stellen zusammen auszuschreiben, weil ein parallel laufendes Verfahren als sinnvoller erachtet werde. Dies ist auch möglich, weil nach § 60 Abs. 2 Satz 3 Bbg KVerf die Wahl der/des Beigeordneten frühestens 6 Monate vor Freiwerden der Stelle erfolgen kann.

Zur Zeitschiene:

- Fertigung des Ausschreibungstextes inkl. Anforderungsprofile für beide Stellen bis 30.11.2008;
- Ausschreibung der beiden Stellen in den Medien, im Amtsblatt und weiterer Zeitschriften > 1. Dezemberwoche, bis spätestens 15.12.2008;
- Ausschreibungsende bei einer Ausschreibungsfrist von 4 Wochen spätestens am 11.01.2009;
- Sichtung der Unterlagen, Festlegung der Termine zu den Vorstellungsgesprächen unter Beteiligung der Fraktionen > abzuschließen bis 31.01.2009;
- Bewerbungsgespräche, Vorstellung in den Fraktionen > bis 28.02.2009;
- Einbringung der Beschlussvorlagen die StVV > spätestens April 2009.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass sich an der derzeitigen Struktur der Aufgaben der Geschäftsbereiche zunächst nichts ändern solle.

Frau Dr. S. Müller fragt nach, warum beide Stellen in einem Zuge ausgeschrieben werden sollen.

Der Oberbürgermeister hält es für sinnvoller, dies in einem Verfahren zu realisieren, um nicht das ganze Jahr mit Gesprächen beschäftigt zu sein.

Herr Dr. Scharfenberg stellt die Frage, wenn eine Entscheidung der StVV für den Geschäftsbereich 2 im April 2009 getroffen werde, dass dann eine Übergangssituation im Geschäftsbereich 2 gegeben ist; wie soll diese gestaltet werden. Im Weiteren nimmt Herr Dr. Scharfenberg Bezug auf Presseverlautbarungen, wonach die Besetzung der Stellen an eine Bindung an eine Partei vorgesehen sei. Er stellt die Frage, ob dies zutrifft.

Der Oberbürgermeister äußert dazu, dass für den Übergangszeitraum im Geschäftsbereich 2 eine Vertretungsregelung gefunden werden müsse; der Hauptausschuss werde darüber informiert.

Im Weiteren gehe es darum, fachlich geeignete Bewerber für die zu besetzenden Beigeordnetenstellen zu finden. Dies werde ein offenes Verfahren, in welches sich alle einbringen können, die sich geeignet fühlen. Er werde niemanden vorschlagen, der keine Mehrheit in der StVV findet.

zu 10.2 Stand der Vorbereitungen des Baus des Offline-Clubs

Wie Frau G. Fischer informiert, erfolgte die Überarbeitung der Entwurfsplanung vom Juni 2007 zum 06.02.2008. Der Bauantrag wurde im April 2008 bei der unteren Bauaufsichtsbehörde eingereicht. Die Baugenehmigung ist im Juli 2008 erteilt worden. Seit August 2008 wird an der Ausführungsplanung und Erstellung der Verdingungsunterlagen gearbeitet. Die Ausführungsplanung ist zu 90 % fertiggestellt. Die Verdingungsunterlagen werden zur Zeit erarbeitet. Die Ausschreibung LOS 1 erfolgt ab dem 24.11.2008. Der Zuschlag wird voraussichtlich in der 1. KW 2009 erteilt. Die Grundsteinlegung und der Baubeginn für den 1. Bauabschnitt ist für den 29.01.2009 geplant. Die reine Bauzeit wird 10 Monate betragen. Die Fertigstellung und Übergabe an den Nutzer wird im Dezember 2009 erfolgen. Der Umzug vom Container in den fertiggestellten 1. Bauabschnitt erfolgt im Januar 2010. Danach wird mit dem Abriss des Containers begonnen. Hierfür wird ein Zeitraum von 4 Wochen eingeplant. Im Anschluss beginnen die Bauarbeiten für den 2. Bauabschnitt. Hierfür ist ebenfalls eine Bauzeit von 10 Monaten vorgesehen. Die Herstellung der Außenanlagen erfolgt parallel zum 2. Bauabschnitt. Die Zufahrt und die Stellplätze werden bereits zur Übergabe des 1. Bauabschnitts fertiggestellt. Der Projektabschluss wird demzufolge Ende 2010 erfolgen.

Herr Dr. Scharfenberg entnimmt den Ausführungen, dass es keine Finanzierungslücken gibt, d.h. die Maßnahmen finanziell untersetzt sind und bittet dies im Protokoll festzuhalten.

zu 10.3 Bericht zum Stand der Überarbeitung der Hauptsatzung Fraktion DIE LINKE

Wie Herr Exner u.a. ausführt, gibt es eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Überarbeitung der neuen Geschäftsordnung, der Entschädigungssatzung wie auch der Hauptsatzung beschäftigt. Die Geschäftsordnung und die Entschädigungssatzung wurden vorrangig behandelt. Da die vom Gesetzgeber vorgegebene Frist (6 Monate) einzuhalten ist, geht Herr Exner davon aus, dass der Entwurf der Hauptsatzung im Januar 2009 vorliegt mit dem Ziel, diese am 28. Januar 2009 in die StVV einzubringen.

Frau Dr. S. Müller bittet um eine zeitnahe Übermittlung des Entwurfes der Hauptsatzung, da die Erfahrungen gezeigt haben, dass eine intensive Diskussion notwendig ist.

Herr Dr. Scharfenberg erinnert sich an einen Antrag seiner Fraktion aus der Vergangenheit, der darauf gerichtet war, die Erarbeitung der Hauptsatzung zeitnah vorzubereiten, so dass die Hauptsatzung mit Beginn der neuen Wahlperiode vorliegt. Insoweit sei er überrascht, dass es doch eine so intensive Arbeit ist, denn der Zeitrahmen war ja mit Vorlage der Kommunalverfassung überschaubar. Er fragt nach, was es an Vorleistungen gegeben habe.

Herr Exner verweist darauf, dass die Stadtverordneten aufgefordert waren, ihre Anregungen zu geben; leider habe es keine Hinweise gegeben. Es wird darauf verwiesen, dass es sich hierbei um die Geschäftsordnung der StVV gehandelt habe.

Herr Exner macht deutlich, dass sich doch eine Menge Fragen in der Auslegung der Kommunalverfassung aufgetan haben. Dies zeige sich auch in dem Rundschreiben des Ministerium des Innern zur neuen Rechtslage.

zu 10.4 13. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 08/SVV/0976
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Herr Dr. Scharfenberg bedankt sich für den sehr informativen Gesamtüberblick in dem vorliegenden Beteiligungsbericht. Er nimmt Bezug auf einen Beschluss zur Veröffentlichung der Gehälter der Geschäftsführer städtischer Unternehmen, die man an den Beteiligungsbericht knüpfen wollte. Dazu habe er nichts gefunden.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass dies für den Beteiligungsbericht 2008 vorgesehen sei.

Herr Zeretzke führt u.a. aus, dass der vorliegende Beteiligungsbericht auf den Jahresabschlüssen der städtischen Unternehmen und Beteiligungen per 31.12.2007 basiere. Die von den Fraktionen gewünschten Informationen bezüglich der Risikodarstellung werden in einem gesonderten hausinternen Bericht ausgewiesen. Dieser Bericht umfasse einen vollständigen Lagebericht und die Prüfung gemäß § 53 Haushaltesgrundsatzgesetz und eine komprimierte Darstellung der in den Jahresabschlüssen ausgewiesenen Risikodarstellung. Dieser 2. Bericht werde dann auch die Gehälter der Geschäftsführer beinhalten.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 10.5 Sachstand Prüfaufträge Bürgerhaushalt 2008
Vorlage: 08/SVV/1028
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung

zurückgestellt > siehe TOP 4

Zu 10.6 Information zu den neuen Strompreisen
durch Herrn Paffhausen

Der Oberbürgermeister bedauert zunächst, dass die Presse nach der Aufsichtsratssitzung informiert wurde; er wisse nicht, von welcher Seite dies erfolgt ist. Unter Bezug auf die bereits bekannten Presseveröffentlichungen informiert Herr Paffhausen nochmals über die Preiserhöhung bei Strom. Die Diskussion im Aufsichtsrat sei sehr intensiv gewesen. Die jetzige Erhöhung macht sich zum einen notwendig auf Grund des Erneuerbare-Energie-Gesetz. Zum anderen ist eine Erhöhung notwendig, um den gestiegenen Gaspreis auszugleichen. Man habe abgewogen, in welcher Größenordnung die Erhöhung an die Verbraucher weitergegeben werden solle und sei im Ergebnis auf insgesamt 50 Cent gekommen plus 32 Cent pro Kilowattstunde, die allein notwendig seien, um die Gesetzesauflagen zu erfüllen. 400 Energieversorgungsunternehmen haben die Preise erhöht; die LHP um 0,82 €.

Auf Nachfrage von Frau Engel-Fürstberger äußert Herr Paffhausen, dass die Erhöhung insgesamt 0,82 Cent pro Kilowattstunde betrage. Herr Paffhausen geht im Weiteren von einer Entlastung für die Potsdamer im 2. Quartal 2009 aus.

Bezüglich der Nachfrage von Frau Engel-Fürstberger, ob es nicht die Möglichkeit einer Überbrückung für diesen kurzen Zeitraum gegeben habe, führt Herr Paffhausen führt u.a. aus, dass dies auch überlegt worden sei, jedoch die jetzige Erhöhung für sinnvoller angesehen wurde, zumal man aus dem EEG verpflichtet sei, Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu bestimmten Preisen zu kaufen.

Frau Dr. Schröter findet die Preispolitik der Stadtwerke angesichts der jetzt schon vorhandenen Belastungen für den Bürger nicht glücklich, wenn auch erklärbar und notwendig. Sie nimmt Bezug auf Presseverlautbarungen, wonach es eine deutliche Belastung für Gewerbetreibende gibt.

Herr Paffhausen äußert dazu, dass im Gegenteil die Gewerbetreibenden einerseits entlastet werden, da die Jahresgrundgebühr sinkt, jedoch steige der Arbeitspreis pro Kilowattstunde, d.h. Gewerbetreibende müssen 1,28 € mehr bezahlen.

Herr Dr. Scharfenberg verweist seinerseits ausdrücklich auf die lange und sehr intensiv geführte Diskussion im Aufsichtsrat.

Der Oberbürgermeister dankt Herrn Paffhausen für die Berichterstattung.

zu 11 **Sonstiges**

Information zum Stand "Johannsenstrasse als Soziokulturelles Jugendzentrum"

Wie Frau G. Fischer u.a. ausführt, sei der Prozess im Sommer 2008 angestoßen worden. Am 20.08.08 fand die Arbeitstagung zur Zukunft der Jugend- und Soziokultur statt, in der die Anforderungen und Erwartungen an eine neue Struktur für „Waschhaus“ und „Lindenpark“ formuliert wurden, die als Grundlage für den Aufruf zur Interessenbekundung diene. Mit Veröffentlichung des „Aufrufs zur Förderung der Einrichtungen ‚Waschhaus‘ und ‚Lindenpark‘“ am 8. September 2008 wurde das Verfahren zur Findung neuer Konzepte und Strukturen für beide Einrichtungen eingeleitet. Die Auswahljury hatte die Aufgabe, sich mit den eingereichten Interessenbekundungen zu beschäftigen und geeignete Interessenten zu ermitteln.

Das Ergebnis des Findungsprozesses war, dass die sich in Gründung befindliche „Waschhaus gGmbH“ Zuwendungen für den Standort „Waschhaus“ und die Stiftung Sozialpädagogisches Institut Zuwendungen für den „Lindenpark“ empfangen werden, um dort ihre sozio- und jugendkulturellen Konzepte umzusetzen.

Was einen Ersatzstandort für den Spartacus e.V. betreffe, so wurden eine Reihe von Ersatzstandorten diskutiert, die entweder von den Eigentümern abgelehnt wurden oder der Spartacus e.V. schätzte ein, dass eine Nutzung nicht dem Profil und den damit verbundenen Angeboten des Vereins entspreche. Der ins Gespräch gebrachte Ersatzstandort Johannsenstraße wurde am 7. Oktober 2008 besichtigt. Der Standort käme als Ort jugend- und soziokultureller Arbeit in Betracht, müsse jedoch aufgrund baulicher Mängel saniert werden. Am 4.11.2008 wurde eine Situationsanalyse bezüglich des räumlichen und strukturellen Bedarfs des Spartacus eingereicht. Darin werden seitens des Vereins folgende räumliche Bedingungen als notwendig erachtet, um eine langfristig nutzbare und den unterschiedlichen Interessen entsprechende Lösung zu finden: Veranstaltungsraum für 300-400 Personen einschließlich Bar, Einlassbereich, Garderobe, Sanitär; ein kleiner Veranstaltungsraum für ca. 50-100 Personen; Backstage, Lagerräume für Getränke und Technik sowie 2-3 Büroräume. Darüber hinaus sei ein langfristiger Betrieb des Spartacus ohne eine Bezuschussung bzw. eine Übernahme der Kosten im Bereich Miet- und Betriebskosten nicht zu gewährleisten. Abschließend merkt Frau G. Fischer an, dass man mit allen Beteiligten im Gespräch sei und zu gegebener Zeit im Hauptausschuss berichten werden.

Herr Dr. Scharfenberg geht nach den Ausführungen davon aus, dass nach wie für über das Objekt Johannsenstraße gesprochen werde und er verweist darauf, dass bezüglich der Finanzierung vom Oberbürgermeister 200.000 € zugesagt worden seien.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass es sich um einen finanziellen Teilbeitrag der Kosten handeln könne, der wahrscheinlich notwendig ist. Es müsse mit allen Beteiligten weiter diskutiert werden.

Herr Schröder spricht den Standortvorschlag an, den er der Verwaltung gemacht habe.

Der Oberbürgermeister äußert zu dem von Herrn Schröder vorgeschlagenen Standort – Casino Fachhochschule – dass auch hier Gespräche geführt werden. Es gebe Hinweise auf nachbarschaftliche Probleme.

Frau Dr. Seemann ergänzt, dass man mit der Fachhochschule gesprochen habe und eine Absage von der Verwaltung erhalten habe.

Frau von Halem fragt nach, wann mit einem Ergebnis des Runden Tisches zu rechnen sei.

Frau G. Fischer äußert dazu, dass es im Januar 2009 eine öffentliche Veranstaltung geben werde und mit einem Ergebnis im März 2009 zu rechnen sei.

Bericht über die aktuelle Lage „Brandschutz an Schulen“

Wie Herr Exner u.a. ausführt wurden in Abstimmung mit dem KIS durch die Bauaufsicht zunächst 13 Schulen identifiziert, bei denen nunmehr dringender Handlungsbedarf zur Verbesserung des Brandschutzes besteht.

Mit einem Maßnahmenpaket in Höhe von ca. 2,5 Mio € sollen bis ca. Ende der Sommerferien 2009 erste bauliche Nachrüstungen vorgenommen werden, so dass der weitere Betrieb gesichert werden kann. Die Finanzierung dieser Maßnahmen soll über bereits bestehende Kreditermächtigungen des KIS gesichert werden. Darüber hinaus bestehe die Notwendigkeit für weitere Verbesserungen. Hierfür sind für 2010 ca. 8 Mio € und für 2011 ca. 4 Mio € zusätzliche Investitionsmittel erforderlich. Auch hierfür sei eine Kreditaufnahme des KIS denkbar. Dies setze allerdings neben der kommunalrechtlichen Genehmigung eine strenge Haushaltsdisziplin in der LHP voraus, da die Refinanzierung über den Ergebnishaushalt der LHP erfolgen müsse. Wenn dies nicht möglich sein sollte, ist eine Umverteilung von Mitteln im gesamten Investhaushalt der LHP zu prüfen.

Herr Richter äußert sich ergänzend nochmals zur Ausgangssituation. Wie er u.a. ausführt, erfolge mit der Gründung des KIS erstmals eine systematische Analyse des Immobilienbestandes und insbesondere der durch den Sanierungsstau bestehenden Defizite. Das Ergebnis der Analyse wurde 2006 umfassend in der DS 06/SVV/0850 dargestellt und bildete nachfolgend die Grundlage für die Wirtschaftsplanung des KIS/Investitionsplanung LHP. Äußerste Priorität haben hierbei Investitionen zur Verbesserung des Brandschutzes an Kitas. Gesamtumfang zur Sanierung von Kitas und Schulen einschließlich Brandschutz 2008-2012 = 65,5 Mio €. Aufgrund des Sanierungsbedarfs können über dieses Investitionsprogramm noch nicht alle bestehenden Defizite beseitigt werden.

Zur aktuellen Situation führt er u.a. aus, dass für Gebäude, die im Rahmen einer Baugenehmigung rechtmäßig errichtet wurden, grundsätzlich der sogenannte Bestandsschutz bestehe. Dies gelte auch für Gebäude, die vor 1990 errichtet

wurden. Schulen zählen allerdings zu den sogenannten Sonderbauten, für die besondere Anforderungen gelten. Die Möglichkeit und Notwendigkeit für nachträgliche Forderungen ergibt sich regelmäßig aus der Entwicklung der Erkenntnisse und Anforderungen des Brandschutzes. Von diesem Recht macht die Bauaufsichtsbehörde bei einer Reihe von Schulobjekten nunmehr Gebrauch.

Die Entwicklung des Brandschutzes ist nunmehr soweit vorangeschritten, dass eine erhebliche Schere zwischen ehemals genehmigten Standards und den jetzigen Neubaustandards deutlich wird. Dies sei ein dynamischer Prozess, der auch zukünftig einer Entwicklung unterworfen sei. Gemeinsam mit der Bauaufsicht habe man nunmehr bei 13 Objekten akuten Handlungsbedarf zur Verbesserung des Brandschutzes festgestellt.

Die Maßnahmen an diesen Objekten sollen im Rahmen eines Maßnahmenpaketes in Höhe von ca. 2,5 Mio € realisiert werden. Die Umsetzung werde unmittelbar vorbereitet. Erste Maßnahmen werden u.a. bereits in den Winterferien 2009 durchgeführt.

Frau Dr. S. Müller fragt nach einer Übersicht, welche Schulen in welchem Jahr hinsichtlich des Brandschutzes instandgesetzt werden müssen.

Herr Richter führt dazu u.a. aus, dass für die unmittelbaren Maßnahmen an den 13 Objekten die Planung und Vorabstimmung gebe, darüberhinaus noch nicht im Detail. Bei den 13 Objekten handele es sich vorrangig um Grundschulen und Förderschulen. Herr Richter verweist darauf, dass man mit den Sofortmaßnahmen an den 13 Objekten jedoch noch nicht mit dem Brandschutz fertig sei.

Frau Dr. Schröter fragt nach der Prüfung der Dauer einer eingeschränkten Nutzung.

Herr Richter antwortet dazu, dass bei einem Objekt die Feuerwehr die Nutzung abgelehnt habe.

Frau von Halem fragt nach, ob absehbar sei, dass es während der Sanierung zu Nutzungseinschränkungen kommt.

Herr Richter äußert dazu, dass man Nutzungseinschränkungen nicht gänzlich vermeiden könne.

Bezüglich der Frage von Herrn Schubert, ob es eine gänzliche Sperrung der Kopfbauten in der Weidenhofschule gebe, äußert Herr Richter, dass die Kopfräume oberhalb des Erdgeschosses derzeit geschlossen sind.

Herr Schubert macht auf den fehlenden Raumbedarf aufmerksam, wenn die Räume abgetrennt werden.

Herr Richter: Niemand habe die Absicht, die Räume abzutrennen.

Frau Engel-Fürstberger bittet um die Zurverfügungstellung der Liste der hinsichtlich des Brandschutzes zu sanierenden Schulen.

Herr Richter kann die Liste für 2009 zur Verfügung stellen. Diese wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Dr. Scharfenberg wirbt dafür, dass das ausgereichte **Schreiben zum Thema „Tierheim“** zur Kenntnis genommen wird. Er bittet darum, dass der Oberbür-

germeister sich möglichst in der StVV am 3. Dezember 2009 im Bericht des Oberbürgermeisters zu diesem Thema äußert.

Herr Dr. Scharfenberg fragt zum Thema „**Ausschreibung Geschäftsführer Luftschiffhafen GmbH**“ nach, wann die Ausschreibung erfolgt.

Frau G. Fischer äußert dazu, dass jetzt ausgeschrieben werde, so dass Ende des Jahres das Ergebnis vorgelegt werden könne und man in der StVV im Januar 2009 zu einer Beschlusslage kommen könne.

Herr Schröder fragt nach dem Gutachten zum **Thema: Luftschiffhafen – Immobilienübertragung.**

Der Oberbürgermeister äußert dazu, dass der Vorentwurf Anfang Dezember 2008 vorliege; dies sei ein Zwischenergebnis; aus dem Gutachten seien noch keine Schlussfolgerungen zur Betriebsform zu ziehen.

Herr Exner ergänzt, dass dazu im Hauptausschuss am 10.12.2008 informiert werden könne; zum 01.01.2009 werde der Betrieb des Luftschiffhafens auf die Tochter der PRO POTSDAM GmbH übergehen.